



Die Schuldenkrise im Euroraum - Entstehung, Entwicklung und wirtschaftspolitische Handlungsoptionen

Die Schuldenkrise im Euroraum - Entstehung, Entwicklung und wirtschaftspolitische Handlungsoptionen

Neues "Vierteljahrsheft zur Wirtschaftsforschung" erschienen
Die Staatsschuldenkrise im Euroraum ist die bisher größte Belastungsprobe der Währungsunion. Produktionseinbrüche und Arbeitslosigkeit in den Krisenstaaten sowie unzureichende politische Gegenmaßnahmen bergen Ansteckungsgefahren auch für die Kernländer und gefährden letztlich die EU-2020-Strategie eines nachhaltigen Wachstums. Sind Haushaltskonsolidierung und wirtschaftliche Erholung vereinbar? Wie kann ein Abdriften in eine Transferunion verhindert werden? Das neue "Vierteljahrsheft zur Wirtschaftsforschung" des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) ist eine umfassende Sammlung von Untersuchungen zur Entstehung und Entwicklung der Euro-Schuldenkrise mit wirtschaftspolitischen Handlungsempfehlungen.
Die Aufsätze im Überblick:
Zunächst skizziert Charles B. Blankart den Weg in die Schuldenkrise. Susanne Neheider und Ludger Schuhknecht zeigen den komplementären Zusammenhang zwischen Wachstum und Konsolidierung auf. Auch Henning Klodt plädiert für ein Festhalten am Konsolidierungskurs und geht in einem weiteren Aufsatz der Frage nach, welcher Ökonom die bessere Therapie gegen die Schuldenkrise hat: John Maynard Keynes oder Ludwig von Mises? Christian Dreger und Hans-Eggert Reimers beurteilen die Staatsschulden vor dem makroökonomischen Hintergrund und kommen zu dem Ergebnis, dass im Euroraum eine steigende Verschuldung das Wirtschaftswachstum reduziert - anders als in vielen anderen Industrieländern. Offenbar zieht die Mitgliedschaft in der Währungsunion für die beteiligten Staaten ein Risiko nach sich, das weitere Reformen im makro-ökonomischen Management erfordert. Henning Völpel geht mit einem spieltheoretischen Ansatz perspektivisch auf die institutionellen Reformen auf europäischer Ebene ein. Philipp an de Meulen und Torsten Schmidt untersuchen die Quellen des Wirtschaftswachstums in den einzelnen Euro-Staaten vor und während der Schuldenkrise.
Ansgar Belke beleuchtet in einem Beitrag mit Florian Verheyen die - insgesamt erfolgreiche - expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und analysiert in einem Beitrag mit Jonas Keil das Risiko der finanziellen Repression, das die EZB durch ihr politisches Handeln eingeht.
Eine Reihe von Beiträgen untersucht die Reformen auf dem Weg zu einer Bankenunion: Fritz Breuss sieht die Stabilisierung des Bankensektors auch fünf Jahre nach der Lehman-Pleite nur ansatzweise umgesetzt. Laut Jörg Rocholl besteht die fundamentale Herausforderung darin, die Einheit von Eigentum und Haftung herzustellen und damit den Steuerzahler vor Bankenpleiten zu schonen. Der Risikotransfer in den öffentlichen Sektor überfordert nicht nur viele Staaten, sondern erzeugt auch einen Teufelskreis, der die Solvenz der Banken schwächt. Die Gläubiger müssen stärker als bisher durch Bail-in-Regelungen in Haftung genommen werden. Rainer Frey beschäftigt sich mit der Entwicklung der Auslandsforderungen der deutschen Banken im Zuge der Finanzkrise. Er kommt zu dem Ergebnis, dass das Investmentbanking eher abgebaut werden dürfte, während Einlagengeschäft und Vermögensverwaltung an Bedeutung gewinnen.
Die Schuldenkrise im Euroraum - Entstehung, Entwicklung und wirtschaftspolitische Handlungsoptionen. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 2/2013. Hrsg.: Christian Dreger. Duncker
 Humblot, Berlin. Rezensionsexemplare können über die Pressestelle des DIW Berlin bezogen werden.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: +49 030/897 89 0
Telefax: +49 (030) 897 89-200
Mail: postmaster@diw.de
URL: <http://www.diw.de>

Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

diw.de
postmaster@diw.de

Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

diw.de
postmaster@diw.de

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.